Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(3.10.1973) Drucksache 8/613

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 613
03. 10. 73

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD

Mittelständische Wirtschaft im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Vorlage des Gutachtens zur Situation der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen durch die Wirtschaftskammer Bremen. Dieses Gutachten zeigt, daß die auf kleine und mittlere Betriebe ausgerichtete Wirtschaftspolitik Bremens richtig ist, jedoch der Verstärkung und Ergänzung bedarf.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, die Information über staatliche Förderung kleiner und mittlerer Betriebe derart zu verbessern, daß die Unternehmer unmittelbar, ausführlich und aktuell unterrichtet werden.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert die durch das Gutachten wie durch die Antwort des Senats auf die Anfrage der SPD deutlich gewordenen Mängel in der Betriebsberatung. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert zu prüfen, ob die Betriebsberatung durch Stärkung bestehender Institutionen oder durch ergänzende staatliche Maßnahmen verbessert werden kann. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die Notwendigkeit betrieblicher Beratung stärker als bisher an die mittelständischen Unternehmer herangetragen werden muß. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine stärkere Verknüpfung von Betriebsberatung und Wirtschaftsförderung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine schärfere Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes und erwartet, daß die staatliche Kontrolle und Überwachung der Betriebsausbildung verstärkt wird.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die besondere Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen durch die gegenwärtige Hochzinspolitik zur Bremsung des Preisanstiegs, weil mittelständische Unternehmen im Gegensatz zu multinationalen Großkonzernen keine Möglichkeiten haben, günstigere Konditionen auf dem internationalen Kapitalmarkt wahrzunehmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bemühungen des Senats, der mittelständischen Wirtschaft durch Zinssubventionen und Bürgschaften zu helfen. Sie erklärt ihre Bereitschaft, die Zinssubventionstitel zu erhöhen, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausreichen sollten.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, Modelle der zwischenbetrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung zu entwickeln und die Zahl der Ausbildungsplätze zu erweitern, um so den Sorgen der mittelständischen Wirtschaft um eine qualifizierte Berufsausbildung entgegenzukommen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, das öffentliche Auftragswesen so zu gestalten, daß kleinere Betriebe Teilpositionen anbieten können. Sie begrüßt, daß bei gleich guten Angebotskonditionen bremischen Anbietern der Zuschlag gegeben wird.

7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, auf Bundesebene Initiativen zu ergreifen, welche den Beitritt der Selbständigen zur gesetzlichen Rentenversicherung erleichtern, indem die Fristen für die Einzahlung der Mittel verlängert werden.

8. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß im Rahmen einer Neuregelung der Steuerfreibeträge auch der Gewerbesteuerfreibetrag zur Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe erhöht wird.

Kunick, Kähler
und Fraktion der SPD

Carl Schünemann Bremen